Bericht

des

Bundesrates an die Bundesversammlung zum Begnadigungsgesuch des wegen Nichtleistung von Militärpflichtersatz bestraften Friedrich Ritter, Steinbohrers in Derendingen.

(Vom 22. März 1904.)

Tit.

Am 16. September 1903 verurteilte das Amtsgericht Bucheggberg-Kriegstetten den Friedrich Ritter zu drei Tagen Gefängnis, weil er den Militärpflichtersatz pro 1903 im Betrage von Fr. 6 nicht bezahlt hatte. Ritter war am 26. August 1903 vom Sektionschef von Derendingen dem Gerichte überwiesen worden, nachdem die zwei gesetzlich vorgeschriebenen Mahnungen der Militärbehörde erfolglos geblieben waren. Er hatte sich beim schweizerischen Militärdepartement darüber erkundigt, ob die Ersatzpflicht gegen ihn mit Recht geltend gemacht werden könne und durch Schreiben vom 4. September 1903 bejahende Antwort erhalten. Das Amtsgericht gewährte ihm in einer ersten Verhandlung vom 12. September Frist bis zum 16. gleichen Monats, um die in Frage stehende Leistung zu erfüllen, und erst, nachdem auch diese Frist erfolglos abgelaufen war und der Beklagte zur zweiten Verhandlung nicht erschien, schritt es zur Ausfällung der Strafe.

Am 21. September 1903 hat Ritter Taxe und Kosten an den Oberamtman von Bucheggberg-Kriegstetten bezahlt, und er ersucht um gnadenweisen Erlaß der Strafe, indem er behauptet, er sei zur Zeit der Urteilsfällung noch nicht im klaren gewesen, ob die

von ihm geforderte Leistung wirklich mit Recht von ihm gefordert werden könne. Damit steht aber im Widerspruch seine unbedingte Schuldanerkennung in der Gerichtssitzung vom 12. September 1903 (Protokoll bei den Akten).

Im übrigen erfordert das Bundesgesetz vom 29. März 1901, betreffend Bestrafung schuldhafter Nichtleistung des Militärpflichtersatzes, Aufrechterhaltung der gerichtlichen Verurteilungen solcher Ersatzpflichtiger, die ohne schwerwiegende Gründe, trotz erhaltener Mahnungen und Aufschübe, ihrer Zahlungspflicht nicht bis zur Urteilsausfällung genügt haben. Friedrich Ritter ist nicht im Falle, dergleichen Momente zu seiner Entlastung geltend zu machen, und es darf wohl angenommen werden, er hätte die geringe Summe des Pflichtersatzes ebensogut vor dem zweiten gerichtlichen Termin bezahlen können wie fünf Tage nach demselben.

Wir stellen deshalb bei Ihrer hohen Versammlung den

Antrag:

Es sei das Gesuch des Friedrich Ritter abzuweisen.

Bern, den 22. März 1904.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Vizepräsident:

Ruchet.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Ringier.

**Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Begnadigungsgesuch des wegen
Nichtleistung von Militärflichtersatz bestraften Friedrich Ritter, Steinbohrers in
Derendingen. (Vom 22. März 1904.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1904
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	12
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.03.1904
Date	
Data	
Seite	178-179
Page	
Pagina	
Ref. No	10 020 897

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.